

Einen Teilaspekt der Ersten Polnischen Teilung — die Übernahme Westpreußens und des Netzedistrikts durch Preußen im Jahre 1772 — behandelt Walther Hubatsch. Er bezeichnet die Erwerbung der Provinz Westpreußen als „ureigene Tat Friedrichs des Großen“ (S. 75), dessen Politik von den Prinzipien des Equilibriums, des Gleichgewichts in der Staatenwelt, und der „Raison d'Etat“, des vernünftigen und verantwortlichen Handelns des Staatsmannes im Sinne der Balance, bestimmt wurde. Ausgehend vom Begriff der „Dismembration“ Polen-Litauens im Jahre 1772, schildert der Vf. die Vorgeschichte und Durchführung der Einverleibung Westpreußens und des Netzedistrikts in den preußischen Staat, wobei er deutlich macht, daß das preußische Vorgehen weniger aus eigener Initiative erfolgte als durch die österreichische und besonders die russische Politik gegenüber Polen bedingt war und zur Bewahrung des Gleichgewichts der Mächte im Osten diente. Eine kleine Korrektur sei hier noch angebracht: Bestużev war nicht Kanzler des Zaren, sondern der Zarin Elisabeth Petrovna, die 1741 durch Staatsstreich zur Herrschaft gelangte (S. 78).

Zu dem bei der Teilung gleichfalls wichtigen konfessionellen Bereich äußert sich Bernhard Stasiowski in seinem Beitrag „Zur Kirchenpolitik der Nachbarstaaten Polen-Litauens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts“. Seine Ausführungen beleuchten das Verhältnis Kirche-Staat in den von Rußland, Österreich und Preußen annektierten polnischen Gebieten, deren kirchliche Organisation mehr oder weniger intensiven Integrationsversuchen des Staatskirchentums der einzelnen Teilungsmächte ausgesetzt war. Die dabei angewendeten Methoden waren entsprechend der unterschiedlichen Situation in Rußland, Preußen und Österreich vielfältig. Während Katharina II. in ihrer Kirchenpolitik völlig eigenmächtig vorging, war man in Preußen und Österreich behutsamer. Zwar versuchten auch die Höfe von Wien und Berlin ihren Vorstellungen Geltung zu verschaffen, nahmen aber von der zwangsweisen Auflösung von Glaubensgemeinschaften, wie sie z. B. bei den Unierten in Rußland praktiziert wurde, Abstand.

Den Abschluß bildet der Vortrag von Hans-Jürgen Karp: „Die Eingliederung des Fürstbistums Ermland in den preußischen Staat 1772“, die unter kirchengeschichtlichem, nationalem und staatspolitischem Aspekt analysiert wird. Auch die Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen Ermlands vor, während und nach der Übernahme durch Preußen werden in die Betrachtung einbezogen. Dabei greift der Vf. auch auf das 19. Jh. hinüber, um die Auswirkungen des Eingliederungsprozesses in Ermland in der Folgezeit zu verdeutlichen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß diese Sammelschrift ein abgerundetes Bild von den geschichtlichen Voraussetzungen, der Durchführung und den Ergebnissen der Ersten Polnischen Teilung vermittelt und somit eine wertvolle Bereicherung der Geschichtsforschung darstellt. Erneut findet sich hier der Beweis, daß historische Ereignisse nicht einseitig begründet werden können, sondern durch das Zusammenwirken verschiedener Faktoren bedingt sind.

Oldenburg i. O.

Stefan Hartmann

Henryk Kocój: O sukcesję saską. Sprawa następstwa tronu polskiego w czasach Sejmu Czteroletniego. [Um die sächsische Erbfolge. Das Problem der polnischen Thronfolge zur Zeit des Vierjährigen Reichstags.] Instytut Wydawniczy PAX. Warschau 1972. 159 S.

Mit Enthusiasmus entschied sich der „Vierjährige“ oder „Große Reichstag“ in der Sitzung vom 30. September 1790 für Friedrich August III. von Sachsen

als polnischen Thronfolger. Seine Zustimmung stand noch aus und kam nie. Die Gründe, die den polnischen Reichstag veranlaßten, sich in der überaus schwierigen außenpolitischen Situation Polens mit Nachdruck um eine sächsische Thronfolge zu bemühen, und die damit zusammenhängenden diplomatischen Vorgänge werden von Henryk K o c ó j detailliert und kenntnisreich dargelegt. Gestützt auf deutsche, französische und polnische Archivalien — vor allem diplomatische Berichte —, gibt der Vf. ein Bild von den polnisch-sächsischen Beziehungen und verweist auf ihre Bedeutung in der Diplomatie des „Vierjährigen Reichstags“. Damit soll eine der erheblichen Lücken, die bei der Erforschung der Diplomatiegeschichte des „Vierjährigen Reichstags“ noch bestehen, geschlossen werden, wie die kurze Einführung, die einen guten Forschungsüberblick liefert, anmerkt.

Eingehend werden die polnischen diplomatischen Vorstöße in Dresden vor und nach der Verabschiedung der Verfassung vom 3. Mai 1791, die den Kurfürsten zur Annahme des Thrones bewegen sollten, und die Vorgänge um sein Zögern und die schließliche Ablehnung geschildert. Dabei ist aufschlußreich zu sehen, wie die drei Teilungsstaaten Rußland, Österreich und Preußen Polen zum Spielball ihrer Machtpolitik machen. Aus dieser mißlichen außenpolitischen Lage suchte Polen eben dadurch herauszukommen, daß es Friedrich August III. die polnische Königswürde anbot. Denn dessen Kandidatur würde eine Intervention der Teilungsmächte kaum herausgefordert haben, da sie ihren Interessen am ehesten entsprach. Außerdem konnte er als einziger in Polen eine überwiegende Mehrheit erhalten, wodurch ein Bürgerkrieg vermieden wurde. Auch die eigene schlechte finanzielle und wirtschaftliche Lage hoffte man durch die Verbindung mit Sachsen aufzubessern. So steht die Nachfolgefrage schon vor der Verfassung des 3. Mai im Mittelpunkt der polnisch-sächsischen Beziehungen, wie K. überzeugend aufzeigt.

Doch der Kurfürst zögerte, nahm trotz seines Interesses an polnischen Angelegenheiten eine hinhaltende Haltung ein, Minister rieten ihm von solchen außenpolitischen Extratouren ab, während für Polen eine möglichst schnelle Regelung der Nachfolgefrage und Durchführung von Reformen vonnöten waren. Bei der Schilderung der Reaktion Friedrich Augusts III. auf die Verfassung des 3. Mai, der Tätigkeit des sächsischen Gesandten danach in Warschau und der polnischen diplomatischen Vorstöße in Dresden wird sichtbar, daß der Kurfürst nun eher noch mehr zögerte. Er wünschte die Änderung verschiedener Verfassungsartikel, die Stellung des Königs erschien ihm zu eingeschränkt, ja, er hegte Zweifel an der Legalität des Zustandekommens dieser Verfassung. Verständlicherweise war die polnische Öffentlichkeit darüber aufgebracht; eine Ablehnung der polnischen Krone schien ihr jedoch undenkbar, da allein die Tatsache ihres Angebots als etwas eminent Außergewöhnliches empfunden wurde. Von den Teilungsmächten drohte Gefahr, sie lehnten die Erblichkeit des Thrones und die Abschaffung des *liberum veto* ab (sollte doch ihre Einflußnahme erhalten bleiben), wie überhaupt diese Verfassung für sie eine Verkörperung „Warschauer Jakobinertums“ darstellte.

Fürst Adam Czartoryski, der gute Verbindung zum Hause Wettin besaß, wurde in einer Sondermission nach Dresden geschickt. Hugo K o ł ł a t a j schrieb in einem Brief an den sächsischen Gesandten in Warschau, daß unter den gegenwärtigen Umständen das Einverständnis Friedrich Augusts III. mehr wert sei als hunderttausend Mann, der König werde glücklich und das Volk zufrieden sein. Dresden beschloß die Entsendung eines „außerordentlichen Botschafters“ nach Warschau. In Polen wurde dies allgemein für ein Einverständnis des Kur-

fürsten gehalten; für Sachsen war es lediglich ein Höflichkeitsakt. Am 24. Mai 1792 kam die Absage.

K.s Darstellung des Sachverhalts, versehen mit umfangreichem Anmerkungsapparat und Personenregister, bleibt trotzdem nüchtern. Es werden keine Vorwürfe gegen Sachsen erhoben, die Bestrebungen der Reformkräfte in Polen waren in dieser Frage zu unrealistisch, die schlimmste Gefahr drohte von den Teilungsmächten. Die verzweifelten Anstrengungen des polnischen Staates, neben den inneren Reformen über die Diplomatie das drohende Unheil von sich abzuwenden, werden voll sichtbar.

Münster i. W.

Hermann Böhm

Stanisław Kubiak: Niemcy a Wielkopolska 1918—1919. [Deutschland und Großpolen 1918—1919.] (Dzieje Polskiej Granicy Zachodniej, Bd IV.), Instytut Zachodni. Posen 1969. 303 S.

Nicht von ungefähr erscheint dieses Buch als Band IV der Reihe: Geschichte der polnischen Westgrenze. Denn es zeigt auf, daß im politischen Kräftespiel am Ende des Ersten Weltkrieges der Aufstand in der damaligen Provinz Posen beachtlich zur endgültigen Festlegung der Westgrenze des wiedererstandenen polnischen Staates beitrug. Gestützt auf deutsches (Deutsches Zentralarchiv Merseburg) und polnisches Archivmaterial (Archive in Bromberg, Posen und Breslau) und eine Fülle gedruckter Quellen — darunter 41 deutsch- und polnischsprachige Zeitungen und Periodika — wird obiger Sachverhalt herausgearbeitet. Auch die Sekundärliteratur wurde genügend herangezogen, wie das Literaturverzeichnis und der umfangreiche Anmerkungsapparat zeigen. Vorhanden sind gleichfalls Personen- und Autorenregister, ein Verzeichnis geographischer Namen und eine Zusammenfassung in deutscher Sprache. Letztere ist vorbildlich zu nennen: inhaltlich werden die Hauptlinien und wesentlichsten Aussagen wiedergegeben, und zwar sprachlich einwandfrei.

Aus der Sicht des Vfs. ist zwar der bewaffnete Aufstand von der historischen Forschung ausreichend behandelt worden, doch die deutsche Politik im Zusammenhang mit dem großpolnischen Aufstand — besonders die Haltung der dortigen deutschen Bevölkerung — sei bisher nur ungenügend dargestellt worden. Die polnische Historiographie der Zwischenkriegszeit habe sich zu wenig polemisch mit der Auffassung der deutschen Seite auseinandergesetzt (S. 9). Wie wenig eine betont kämpferische Haltung der historischen Wahrheitsfindung dienlich ist, zeigt gerade vorliegende Arbeit. Vergleicht man diese z. B. mit der Abhandlung von Zygmunt Wieliczka¹, so ergibt sich, daß von letzterem nicht nur schon ein beträchtlicher Teil obiger Thematik erfaßt wurde, sondern auch eine wesentlich detailliertere Behandlung erfährt (mit abgedruckten Dokumenten im Text). Stanisław Kubiak hat zwar die Fragestellung erweitert, indem er die Einstellung des gesamten Deutschen Reiches zu den Ereignissen in Großpolen und besonders die der dort lebenden Deutschen schildert, doch der Vorwurf trifft nicht zu, Wieliczka sei zu den wesentlichsten Problemen nicht vorgestoßen (S. 10). Die Darstellung des politischen Ringens zwischen der polnischen und der deutschen Seite um das preußische Teilgebiet fällt bei Wieliczka gründlicher und überzeugender aus.

Territorial umfaßt die vorliegende Arbeit die Provinz Posen, chronologisch die Zeit vom 11. November 1918 bis 28. Juni 1919. Eine gut durchdachte Gliederung der Problemkreise ermöglicht dem Autor, Tendenzen und Ereignisse

1) Z. Wieliczka: Wielkopolska a Prusy w dobie powstania 1918—1919 [Großpolen und Preußen zur Zeit des Aufstandes 1918—1919], Posen 1932.